

Sonnabend,  
2. Mai 1914.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 204.  
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt  
erscheint  
an allen Wochentagen  
zweimal.  
Der Bezugspreis beträgt  
vierteljährlich  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
in den Ausgabestellen 3,25,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,60 M.

# Posener Tageblatt

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zeile im  
Anzeigenteil 25 Pf.,  
Reklamenteil 80 Pf.,  
Stellengedrucke 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftsstellen  
Ziergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Annoncenbureaus.

Vertrags-Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2278.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Giesel.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Anzeigen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einreichung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einreichungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beifügt ist.

## Nadelstichpolitik gegen das Kriegsministerium.

Wie wir hören, wird die konservative Fraktion des Reichstags bei der zweiten Beratung des Militäretats den Antrag stellen, die von der Budgetkommission gegen die Stimmen der Rechten gestrichene Forderung für die Nachrichtsstelle für die Presse im Kriegsministerium wiederherzustellen. — Bravo! Hoffentlich hat der Entrüstungsturm in der Presse bis dahin auch die übrigen Parteien belehrt, daß sie ihrer augenblicklichen Animosität gegen das Kriegsministerium (wegen der Zabernaffäre und dem Grundstücks-Handel zugunsten des Militärkabinetts) bei dieser Streichung an der falschen Stelle Ausdruck gegeben haben.

Inzwischen hat die Budgetkommission einen weiteren Geniestreich begangen. Sie hat auch die neugeschaffene Auskunftsstelle für inaktive Offiziere im Kriegsministerium, die durchaus notwendig ist und bereits jenseits gewirkt hat, ebenfalls abgelehnt, „wenigstens vorläufig“. Eine solche kleinliche Rache der Reichstagsmehrheit für die kräftige Zabern-Rede des Kriegsministers, die ihr „zu starker Tobak“ war, ist geradezu kindlich.

## Der Kaiser.

Der Kaiser hörte am Freitag vormittag die Vorträge der drei Kabinettschefs und des Gesandten von Treuher. Zur Mittagstafel waren geladen die Königin der Hellenen, der Gesandte Graf Quadt, Admiral Souchon und andere.

Generaloberst von Kessel beging gestern bekanntlich sein fünfzigjähriges Militärdienstjubiläum. Aus diesem Anlaß wurde vor der Tafel eine kurze Feier abgehalten, wobei der Kaiser dem Jubilar sein Porträt in Öl überreichte und eine Kabinettsordre verlesen ließ. Bei der Tafel konzertierte die Kapelle der Hohenzollern.

Der Kaiser hat dem Professor Dörpfeld das Ritterkreuz des Königlich Hausordens von Hohenzollern und dem Professor Caro den Roten Adlerorden vierter Klasse mit der Krone verliehen. Der König der Hellenen verlieh dem Leibarzt von Niedner das Kommandeurkreuz des Erlöserordens mit dem Stern, in Anerkennung seiner ärztlichen Tätigkeit für die hiesige Bevölkerung.

Zur Abendstafel bei Ihren Majestäten war die Königin der Hellenen geladen, zum Tee nach der Tafel der Kaiserliche Gesandte in Athen Graf von Quadt, Legations-Sekretär von Molke, der Kaiserliche Konsul in Korfu Spengelin, Kontre-Admiral Souchon und eine Anzahl Offiziere der deutschen Schiffe, sowie Professor Dörpfeld mit Familie. Beim Tee führte der Photograph Züngen von der Hohenzollern Farbenphotographie vom Achilleion und der Nordlandreise, sowie kinematographische Aufnahmen vor, unter anderem von der Mittelmeerreise 1914, von den Nordlandreisen 1913 und 1914 und den Flottenmanövern.

## Die verurteilten Luftschiffer.

Das, wie gemeldet, auf je sechs Monate Einzelhaft lautende Urteil des Gerichtshofs in Perm gegen die deutschen Luftschiffer Berliner, Haase und Nikolai erregt selbst in Rußland wegen seiner Härte Aufsehen. Die Petersburger Presse schweigt sich über den Gang der Verhandlung fast vollständig aus und es werden nur einige Einzelheiten daraus bekannt.

Wie der „Voss. Ztg.“ aus Petersburg berichtet wird, soll zwischen den Aussagen Berliner und seiner Gefährten insofern eine folgenreichere Verschiedenheit bestanden haben, als Berliner behauptete, er habe über Rußland nach Schweden fliegen wollen, um dort die Luftströmungen zu erkunden, während die beiden anderen Deutschen gesagt haben, sie hätten die Fahrt nur zu sportlichen Zwecken und um den Weltrekord zu brechen, unternommen. Alle drei Angeklagten hatten russische Pässe und russisches Geld im Besitz, und auf ihren Landkarten von Rußland genau den Weg, den sie zurückgelegt hatten, sogar die Stelle des Überfliegens der deutschen Grenze bezeichnet.

Recht eigenartig waren die Aussagen eines militärischen Sachverständigen, die aber großen Eindruck auf die russischen Richter gemacht zu haben scheinen.

Er behauptete nämlich, ebenfalls nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“, die Angeklagten gehörten einem Luftschifferverein an, der in ständigem Vertragsverhältnis zum preussischen Kriegsministerium stünde. Seiner festen Überzeugung nach sei die Luftreise nur unternommen worden, um die Luftströmungen auf dem Wege nach Perm zu studieren, wo eine wichtige russische Geschützfabrik besteht. Berliner soll sich übrigens bei seiner Verurteilung angelegentlich nach den Mobilisierungsverhältnissen Rußlands erkundigt haben. Er bestritt das ausdrücklich in der Verhandlung und betonte ebenso wie seine Gefährten, daß ihnen allen dreien von einem absoluten Verbot, die russischen Grenzen zu überfliegen, nichts bekannt gewesen sei.

Der Deutsche Luftschifferverband und der Verein für deutsche Luftschiffahrt haben vorläufig eine Summe von 6000 M. bewilligt, die aber für die Kosten der Verteidigung bestimmt ist. Ob die verlangte Kaution aufgebracht werden wird, hängt

von dem Schicksal des Immediatgesuches ab, das beide Vereine bereits vor einiger Zeit an den Zaren gerichtet haben, das aber bisher noch nicht erledigt wurde. Die Vereine haben ferner auch an den deutschen Kaiser ein Gesuch gerichtet, und dieser hat das Auswärtige Amt beauftragt, auf diplomatischem Wege zu intervenieren. Es wird somit gehofft, daß die Luftschiffer begnadigt werden. Sollte die Begnadigung nicht erfolgen, so dürften jedenfalls Schritte eingeleitet werden, um die verlangte Kaution aufzubringen.

Obwohl man in den maßgebenden Berliner politischen Kreisen das Urteil, das gegen die deutschen Luftschiffer Berliner und Genossen in Perm ergangen ist, als sehr hart ansieht, erblickt man doch keinen Weg, um von deutscher Seite aus eine Milderung des Urteils zu erwirken. Ein Eingreifen amtlicher deutscher Stellen in diese Angelegenheit ist selbstverständlich ausgeschlossen. Die dahingehenden bereits in der Presse laut werdenden Wünsche müssen leider unerfüllt bleiben.

## Der Gliegerabsturz bei Halberstadt.

Über den schon gemeldeten Absturz der beiden Gliegeroffiziere Niemeyer und Mayer wird noch folgendes berichtet:

Da das Fahrzeug sehr heftigen Windstößen ausgesetzt war, wollten die Offiziere auf dem Halberstädter Militärflugfeld landen, als Leutnant Niemeyer bemerkte, daß vor ihnen eine Baumreihe auftauchte; um die Bäume nicht anzufahren, gab der Führer wieder Gas und ging in eine Kurve über. In demselben Augenblick wurde der Doppeldecker in etwa 20 Meter Höhe von einer Böe erfasst und in der Luft auf den Kopf gestellt. Die Maschine stürzte sofort nieder und begrub die beiden Offiziere unter ihren Trümmern. Sofort eilten Hilfsmannschaften zur Befreiung der beiden Verunglückten herbei. Oberleutnant Mayer war bereits tot. Er hatte einen Bruch des Genicks erlitten. Leutnant Niemeyer hatte einen Bruch des Unter- und Oberleibes davongetragen und wurde sofort ins Krankenhaus gebracht.

## Der Eisenbahnunfall in Hessen.

Über den Eisenbahnunfall bei Niedersaulheim in Rheinhessen wird noch folgende die bisherigen Nachrichten ergänzende amtliche Meldung bekanntgegeben:

Freitag vormittag 8 Uhr 5 Minuten stieß der von Alzen nach Mainz fahrende Personenzug 437 auf Station Niedersaulheim auf eine zurückgehende Rangierabteilung des Güterzuges 8100. Die Ursache konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Tot sind der Lokomotivführer des Personenzuges 437 Lehr aus Alzen, Fräulein Elise Wieland aus Homburg und Witwe Anna Guttant aus Wörrstadt. Schwerverletzt wurden der Heizer des Personenzuges 437 Nagam von Alzen und vier Reisende. Leicht verletzt etwa 10 Personen. Vier Wagen des Personenzuges und drei Wagen des Güterzuges sowie beide Lokomotiven wurden erheblich beschädigt. Die Dauer der Gleissperre dürfte voraussichtlich 12 Stunden betragen. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten; der Güterzugverkehr ist eingestellt.

## Ein Waldbrand in Rheinland-Westfalen.

Freitag nachmittag brach an der Grenze der Provinzen Rheinland und Westfalen zwischen Osterfeld, Hiesfeld, Kirchellen und Sterkrage in den Wäldungen des Großindustriellen Grillo ein Waldbrand aus, der in die herzoglich Arenbergischen Wäldungen übergriff; acht hundert Morgen wurden von den Flammen ergriffen. Alle Feuerwehren der Umgegend wurden telephonisch und telegraphisch herbeigerufen, doch ist eine Eindämmung des Feuers angesichts des starken Windes und der Trockenheit unwahrscheinlich. Das Forsthaus ist von den Flammen eingeschlossen; etwa vierzigtausend Morgen Wald sind gefährdet.

## Zum Caillaux-Prozeß.

Der französische Deputierte Painlevé hat bei seiner Vernehmung in der Angelegenheit Calmette-Caillaux vor dem Pariser Untersuchungsrichter am Freitag ausgefragt, er habe von sehr gut unterrichteter Seite gehört, daß Calmette intime Briefe besessen und beabsichtigt habe, sie zu veröffentlichen, wie Caillaux es befürchtet habe; er habe damals sofort Caillaux telephonisch davon verständigt.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung vom Freitag, 1. Mai.

Schluß; Anfang 1. Sonnabend-Morgenausgabe.)

Zweite Beratung des Kultusetats.

Kapitel „Universitäten“.

Abg. Münsterberg (Fortschr. Bpt.):

Mit der Besetzung des Lehrstuhles Griechisch Schmidts sollte man nicht allzulange warten. Den Frauen, die sich dem wissenschaftlichen Studium widmen, sollte man ihr Studium möglichst erleichtern. Die Ordinariate müssen unbedingt vermehrt werden.

Kultusminister Dr. v. Trott zu Solz:

Die Ausführungen, die Geheimrat Roethe außerhalb der Universität bei einem Kommerz gemacht hat, unterliegen nicht

der Beurteilung in diesem Hause. Wenn man eine solche Rede des Geheimrats Roethe bei derartigen Gelegenheiten gehört hat, dann kommt man vielleicht doch zu einer anderen Beurteilung und ist geneigt, nicht jedes Wort bei solcher Gelegenheit auf die Goldwaage zu legen. Ich muß sagen, daß ich eine solche Rede des Geheimrats Roethe bei einer patriotischen Gelegenheit mit Freuden höre. Geheimrat Roethe machte es sich bei seiner Berufung nach Berlin zur Bedingung, daß ihm eingeräumt würde, Frauen zu seinen Vorlesungen zugelassen, und wenn das die Folge haben sollte, daß er sich davon überzeuge, daß man auch vor Frauen die deutsche Literatur lesen kann, so würde ich mich außerordentlich darüber freuen. Ich bin überzeugt, wenn er die Überzeugung gewinnt, dann wird er sie auch zum Ausdruck bringen, denn er ist ein außerordentlich überzeugungsstarker Mann. Das macht mir die Persönlichkeit außerordentlich sympathisch. (Beifall.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Debatte über die Universitäten angenommen.

Abg. Münsterberg (Fortschr. Volksp.):

bemerkte persönlich, daß er den Fall Roethe nur erwähnt habe, weil ihm dieser Fall im Interesse des Unterrichts bedenklich erscheine. Die Persönlichkeit Professor Roethes habe er nicht angreifen wollen.

Die Abg. Dr. Keil (ntl.), Rosenow (Fortschr. Volksp.) und Dr. Arning (ntl.) bedauern, daß ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Die Besprechung wendet sich nunmehr der

Frankfurter Universität

zu. Hierzu liegen zwei Anträge Windler (Fons.) und Dr. Friedberg (ntl.) vor, die beide die

Errichtung einer theologischen Fakultät an der Universität Frankfurt

fordern. Der Antrag Windler will hierfür erforderlichenfalls Staatsmittel bereitstellen, während der Antrag Friedberg verlangt, daß dies ohne Staatsmittel geschehen soll.

Abg. Windler (Fons.):

beantwortet seinen Antrag. Die Frage der Frankfurter Universität hat die Öffentlichkeit schon viel beschäftigt. Wenn jetzt von rechts und links der Antrag gestellt ist, eine theologische Fakultät dort zu errichten, so spricht das nur für die Bedeutung der theologischen Fakultäten. Die Errichtung einer theologischen Fakultät in Frankfurt ist von vielen Seiten gefordert worden, auch der Evangelische Bund hat sich dafür ausgesprochen. Wir würden uns freuen, wenn aus Mitteln des Staates die Fakultät ins Leben gerufen werden kann, damit die gefährliche Keuerung, die eine Universität ohne theologische Fakultät ist, nicht eintritt. Wir glauben, daß die Regierung in ihren weiteren Verhandlungen über diese Frage eine wirksame Waffe in der Hand hat, wenn es heißt: notwendigerweise werden die Mittel anderweitig beschafft werden können, aus Staatsmitteln. Wir sind überhaupt erst nach längeren Verhandlungen über die Frage der Errichtung einer Universität in Frankfurt dazu gekommen, unseren Antrag zu stellen. Man wird einwenden, daß eine Aufwendung aus Staatsmitteln für eine solche Fakultät nicht mit dem Charakter der Anstalt, die aus Privatmitteln errichtet wird, vereinbar sei. Der Minister hat aber früher ausdrücklich erklärt, daß die Universität Frankfurt a. M. dem Staat untersteht und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privatstiftung ist also kein Hindernis dafür, daß eine Ergänzung der Universität über die von den Stiftern gezogenen Rahmen hinaus im Staatsinteresse für erforderlich gehalten werden kann. Unter dieser Voraussetzung überhaupt ist die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. dem Staat unterstellt und wie die preussischen Universitäten eingerichtet ist. Wir haben es also mit einer preussischen Universität zu tun; der Charakter der Privat



**und Arbitrage auf Grund des Handelsstills der „Frankfurter Zeitung“** usw. Ich glaube, da können wir ruhig sagen: Die Universität Frankfurt ist doch etwas anderes als unsere übrigen Universitäten; lassen wir sie sich einmal ohne theologische Fakultät weiter entwickeln! Zu einer neuen theologischen Fakultät liegt auch kein Bedürfnis vor; nur die theologischen Fakultäten sind nicht überflüssig und ohnehin wird jetzt in Münster eine neue evangelische theologische Fakultät errichtet.

Abg. Dr. Rohmann (natl.):

Wir sind erstaunt über den konservativen Antrag, da von vornherein Staatsmittel für die Frankfurter Universität nicht aufgewandt werden sollten und eine theologische Fakultät auch dem Wunsche der Sister nicht entspricht. Wir sind für Überweisung an die Budgetkommission.

Minister von Trott zu Solz:

Nach den Bestimmungen über die Gründung der Universität Frankfurt steht der späteren Einrichtung einer theologischen Fakultät nichts im Wege. Ich habe mich entschlossen, dem Plan der Gründung einer Universität in Frankfurt a. M. ohne gleichzeitige Errichtung der theologischen Fakultät näherzutreten und ihn zu fördern, weil dadurch einmal an der grundsätzlichen Stellungnahme für die theologische Fakultät nichts geändert wird, und sodann, weil doch erst einmal die Bedürfnisfrage geklärt werden muß, zumal schon damals der Plan erwogen wurde, in Münster eine weitere theologische Fakultät zu errichten. Es ist auch insofern keine Äußerung, als schon bisher bei neuen Universitäten zunächst nur eine oder zwei oder drei Fakultäten eingerichtet worden sind. Ob es augenblicklich möglich wäre, ohne Aufbringung von Staatsmitteln eine theologische Fakultät in Frankfurt einzurichten, ist zweifelhaft. Der Stiftungsakt ist abgeschlossen. Für alle Zwecke sind reichliche Mittel vorhanden, es würde aber kaum möglich sein, jetzt noch weitere Stiftungen für die Errichtung einer theologischen Fakultät zu erhalten. Vielleicht wird das später geschehen können, wenn die Universität erst einmal fertig ist und wenn dann in Frankfurt selbst vielleicht der Mangel einer fehlenden theologischen Fakultät empfunden wird. Einerzeit wurde hier im Hause ausdrücklich erklärt, daß für die Errichtung der Frankfurter Universität keinerlei Staatsmittel hergegeben werden dürften. Soll sie aus den Gründen, die der Abg. Windler hier vorgetragen hat, sich jetzt doch noch dazu entschließen, so könnte das für mich als Unterrichtsminister nur erfreulich sein; es fragt sich nur, ob der Finanzminister hierzu Staatsmittel bereitstellen kann. Der wesentlichste Punkt ist die finanzielle Frage, und darüber wird in der Kommission weitere Arbeit zu schaffen sein.

Abg. Dejer (fortsch. Volksp.):

Die Gelder, die für die Universität aufgebracht worden sind, müssen für die von den Stiftern angegebenen Zwecke verwendet werden. Wenn sich die Notwendigkeit zur Errichtung einer theologischen Fakultät herausstellen sollte, so würde es nicht schwer halten, die Mittel dafür auf dem Wege der Stiftung zu bekommen.

Die Besprechung wurde geschlossen. Beide Anträge wurden der Budgetkommission überwiesen.

Abg. Dr. Hager (Zentr.):

begründete seinen Antrag betreffend besseren Ausbau der Auslandsstudien und Umgestaltung des Seminars für orientalische Sprachen zu einer deutschen Auslandshochschule.

Abg. Graf von der Groeben (kons.):

geschworen, seinen Antrag, an der Universität Berlin Einrichtungen zu beschaffen, die eine allseitige Pflege der das Ausland betreffenden Wissenschaften ermöglichen sollen.

Abg. Eichhoff (fortsch. Volksp.):

Zur besseren Pflege der das Ausland betreffenden Wissenschaften brauchen wir nur die vorhandenen Einrichtungen in zweckmäßiger Weise auszubauen. Das gilt besonders von der Handelshochschule in Berlin, die in gewissem Sinne schon eine Auslandshochschule ist.

Abg. Bieder (freikons.):

geschworen, die Annahme der Anträge. Zur Pflege der Auslandsstudien sollten ausländische Professoren und solche Herren, die lange Zeit im Auslande gelebt haben, herangezogen werden.

Abg. Dr. Arning (natl.):

Das Orientalische Seminar muß das Rückgrat unserer Auslandsstudien bilden, die auf jeden Fall energischer gefördert werden müssen.

Abg. Müllerberg (fortsch. Volksp.):

Auf den vorgeschlagenen Wegen kann der Ausbildung unserer Kaufleute nicht gebietet werden. Diese müssen vielmehr ins Ausland gehen und dort ihre Kenntnisse praktisch erweitern.

Die beiden Anträge wurden der Unterrichtskommission überwiesen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. — Schluß 6½ Uhr.

## Deutscher Reichstag.

246. Sitzung vom Freitag, 1. Mai.  
(Schluß; Anfang siehe letzte Morgenausgabe.)

### Beratung des „Titanic-Vertrages“

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.):

Wir können nur wünschen, daß der Zweck des internationalen Abkommens voll erreicht wird. Die Seeverkehrsorganisation gehört zu den bestgeleiteten; sie wendet sehr beträchtliche Mittel zur Verhütung von Katastrophen und zur Erhaltung der in der Seeschifffahrt gefährdeten Menschenleben auf. Gegen den Vorwurf, daß die Wieder lediglich von Profitgier befeuert sind, muß Widerspruch erhoben werden.

Abg. Wassermann (natl.):

Wir hoffen, daß es gelingen wird, auch andere Fragen des Seeverkehrs international zu regeln. Der Vertrag ist das Resultat ansehnlicher Arbeit hervorragender Sachverständiger aus allen ansehnlichen Staaten. Was die Kontrolle betrifft, so wünschen wir dafür nicht eine neue bürokratische Behörde in Gestalt eines Reichsamts, sondern wir halten dafür, daß in der Seeverkehrsorganisation ein solches Kontrollorgan bereits vorhanden ist.

Abg. Westarp (kons.):

Auch wir empfehlen einstimmige Annahme des Vertrages. Die sozialdemokratischen Vorwürfe gehören zum Agitationsmaterial der Sozialdemokratie. Die Seeverkehrsorganisation hat bisher außerordentlich gewissenhaft gearbeitet.

Abg. Hedcher (fortsch. Vpt.):

Es ist anzuerkennen, daß die Initiative zu diesem vortrefflichen internationalen Abkommen auf Deutschland zurückzuführen ist. Den Unternehmern und der Seeverkehrsorganisation kann man es angedeihen lassen, wenn sie nur ungern mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten.

Abg. Dr. Arendt (Vpt.):

Die Rede des Abg. Schumann war insofern etwas unvorsichtig, als sie etwas zu sehr die eigentlichen Beweggründe erkennen ließ. Von einem „Reichsamt“ ist nichts zu erwarten; wenn auf einem Gebiete die Bürokratie Unheil anrichten kann, so wäre es auf diesem. Wir haben zu den hantelnden Reedern nach wie vor unbedingtes Vertrauen und wollen an dem Bewährten nicht rütteln lassen. Ich wünsche die einstimmige Annahme des Vertrages.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vpt.):

Es ist zu prüfen, ob wir die Kontrolle nicht in die Hand der Städte Hamburg und Bremen legen sollen. Vielleicht könnte auch die Seeverkehrsorganisation zugezogen werden; eine doppelte Kontrolle kann ja nicht schaden.

Abg. Stollen (Sog.):

Die Verunsicherung, daß die Regierung bei Katastrophen, wie der Titanic-Katastrophe, immer eingreift, ist nicht stichhaltig. Jahr für Jahr haben wir große Unglücksfälle bei den Bergwerken zu verzeichnen, und doch hat die Regierung immer noch nicht das Genügende getan. Der vorliegende Vertrag gibt darauf keine Antwort. Die Kontrolle muß notwendig von staatlichen Organen vorgenommen werden.

Abg. Dobe (fortsch. Vpt.):

Wenn Herr Dr. Arendt uns gewissermaßen unklarer Wettbewerb unterstellt, so müssen wir das zurückweisen. Wir freuen uns des Vertrages und nehmen ihn einstimmig an.

Abg. Schumann (Sog.):

Meine gestrigen Ausführungen muß ich voll und ganz aufrecht erhalten. Wenn es sich nur um Zwischendeckspargiere gehandelt hätte, wären die Verhandlungen und Beratungen langwieriger verlaufen.

Der Vertrag wurde darauf auch in zweiter und auf Antrag Dr. Arendt (Vpt.) auch in dritter Lesung ohne Debatte en bloc angenommen.

Darauf wurde der Gesetzentwurf betreffend statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei

in erster Lesung debattiert, und sofort auch in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Auch der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes, betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen wurde nach kurzer Begründung durch den Direktor im Reichsjustizamt Delbrück in allen drei Lesungen verabschiedet.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.  
Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr pünktlich. Rechnungsachen, Wahlprüfungen, Petitionen, Rennwettgesetz. Schluß 4 Uhr.

## Bur Tagesgeschichte.

### Statthalter v. Dallwitz in Straßburg.

Der Kaiserliche Statthalter Dr. v. Dallwitz begab sich am gestrigen Freitag kurz nach seiner Ankunft zur Universität, die ihr Stiftungsfest begeht. Der Statthalter wurde vom Rektor magnificus in einer Ansprache begrüßt, auf die er in einer kurzen Rede antwortete, in der er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß seine erste amtliche Tätigkeit der Feier der Universität gewidmet sei, der er selbst vor 38 Jahren als Student der Rechte angehört habe.

### Abg. Erzberger und der Kaiserbrief an die Landgräfin von Hessen.

Nachdem der Legende von den gehässigen Äußerungen des Kaisers gegen die Katholiken ein gründliches Ende bereitet worden ist, melden sich einzelne Zentrumsleute und versichern nun auch ihrerseits aus eigener Kenntnis (??), daß der Kaiserbrief keine Beleidigungen enthalten habe, während sie vorher geschwiegen haben. Jetzt erklärt auch Abg. Erzberger „auf Grund bester Informationen“, die nicht von Regierungsseite erfolgen:

„Der Kaiserbrief enthält nichts, was für einen Katholiken beleidigend wäre. Mit seiner Elbe ist in ihm unsere Kirche erwähnt, aber gar eine Gehässigkeit gegen dieselbe enthalten. Papst, Bischöfe, Priester und katholische Kirche sind mit keinem Wort erwähnt. Es ist weder das Wort vom „Aberglauben“, den auszuwählen ich mir als Lebensaufgabe gesetzt habe“, enthalten, noch die katholische Kirche oder Religion als eine Institution oder Lehre bezeichnet, welche der Kaiser hasse. Der Brief wie die Depesche behandeln nur die Frage des Übertritts als solchen. In beiden hat der Kaiser zu einem Mitglied seines Hauses gesprochen ohne den Katholizismus zu erwähnen. Allen diesen Darlegungen entgegengesetzte „gute und beste“ Informationen, mögen sie auch seit Jahren umlaufen oder schon vor Jahren unwidersprochen veröffentlicht worden sein, müssen als falsch und unzutreffend bezeichnet werden. Dies festzustellen, gebietet die historische Wahrheit und die Gerechtigkeit gegenüber dem Kaiser sowie gegenüber der Frau Landgräfin von Hessen.“

Gerechtigkeit und Liebe zur historischen Wahrheit sind erst durchgebrochen, als der Fälschung des Kaiserbriefes, der politischen Brunnenvergiftung der Garaus gemacht worden war, bemerkt mit Recht hierzu die „Frei. Ztg.“

Das Zentrumsorgan, die „Ansch. Postz.“, behauptet jetzt, die falschen Angaben über den Kaiserbrief stammen von der — Adressatin, der Landgräfin von Hessen. Die habe 1901 einem Ordensmann gesagt:

„Dieser Brief ist bereit, daß ich ihn Ihnen nicht zeigen kann. Ich sage Ihnen nur so viel der Kaiser schreibt darin: Du trittst zu einer Religion über, die ich von Herzen hasse und verfolge.“ Es folgt dann die Behauptung, die Empfängerin habe den Brief sofort Kardinal Kopp übergeben. Fernerhin wurde gesagt, der ganze Brief habe die familiäre Anrede „Du“ enthalten. Der Kaiser habe alle diese „Du“ durchstrichen und über jedes durchstrichene „Du“, „Sie“ gesetzt.“

Nur um zu zeigen, welche sonderbaren Äußerungen ein Teil der Zentrumspresse macht, die für die wahren Urheber so blamable Geschichten zu mildern, teilen wir auch diese unglaublich klingende Melöbuna mit, zu der hoffentlich bald amtlich Stellung genommen werden wird.

### Kaiser Franz Joseph.

Nach dem gestrigen Abend richt über das Befinden des Kaisers Franz Joseph machen die Abnahme des Katarakts und die Besserung anhaltende Fortschritte.

### Nütige Mafsteier.

Die sozialdemokratische sowie die slowenische Arbeiterorganisation von Triest veranstalteten zur Mafsteier nach den öffentlichen Versammlungen Umzüge durch die Stadt. Während die Kundgebung der Sozialdemokraten ruhig verlief, kam es bei dem Umzuge der Slowenen zwischen diesen und Italienern an mehreren Punkten der Stadt zu Schlägereien, so daß die Polizei eingreifen mußte. Ein Slowene verletzte einen Italiener schwer durch einen Stich ins Herz. Aus einem Gasthause wurden auf eine Gruppe von Slowenen zwei Revolvergeschosse abgefeuert, die jedoch niemanden trafen. Italiener veranstalteten eine Gegenkundgebung und waren dabei mehrere Jenseitliche ein. Es wurden 29 Personen verhaftet.

## Deutsches Reich.

Das Kronprinzenpaar ist gestern nach Kischdow (Schles.) zum Besuch des Fürsten Solms-Baruth abgereist.

### Beileid des Reichstanzlers.

Der Reichstanzler Dr. von Bethmann Hollweg hat an den Sohn des verstorbenen Oberlandstallmeisters Grafen Lehnendorff, den Landstallmeister Grafen von Lehnendorff in Jürke, folgendes Beileids-telegramm gerichtet:

An der Trauer um den Heimgang Ihres Herrn Vaters, der seine zahlreichen Verehrer eben noch im achtzigsten Geburtsjahr zu seiner bewundernswürdigen Tätigkeit beglückwünschten konnte, nehme ich aufrichtigen Anteil. Die vorbildlichen Verdienste des Verstorbenen um unsere heimische Pflanzung werden ihm im ganzen Reiche und namentlich bei der deutschen Landwirtschaft ein dauerndes Gedenken über das Grab hinaus sichern.

### 85. Geburtstag.

Graf Gustav v. Borde-Stargardt, Czeglens, Schlosshauptmann von Stettin, vollendet heute, am 2. Mai 1829 zu Tolkdorf im Kreise Rastenburg geboren, sein 85. Lebensjahr. Der Altersjubiläum gehört seit 1876 dem preussischen Herrenhause an.

Tod eines Landtagsabgeordneten. Auf der Fahrt von Berlin nach Rbin ist gestern nachmittag in der Nähe von Stendal der Landtagsabgeordnete Decker (Zentrum Köln 2) von einem Gehirnschlag getroffen worden. Ein telegraphisch auf den Bahnhof gerufener Arzt konnte nur den Tod des Abgeordneten feststellen.

### Keine Festlegung des Osterfestes.

Die sächsische Regierung hat, wie die „Magdeburger Zeitung“ meldet, in einer Mitteilung an die Petitions- und Beschwerdebepandation der zweiten Kammer diese davon benachrichtigt, daß eine Festlegung des Osterfestes gegenwärtig nicht zu erreichen sei, da sich die römische Kurie gegenüber den auf Festlegung des Osterfestes gerichteten Vorstellungen nach wie vor völlig ablehnend verhalte. Ebenso sei ein neuerdings von einem angesehenen Russen unternommener Versuch, die Einführung des neuen Kalenders in Rußland herbeizuführen, als endgültig gescheitert anzusehen.

### Französisch: Rundgebung.

Über Revanchekundgebungen am Sarge des Barreres Keller in Mars-la-Tour berichtet die „Straßburger Post“:

An dem Sarge des Barreres beteten zwei Mädchen in Elässe. und Vorträger Tracht, und führten nachher auch den Leichenzug an. Der Souvenir français war vertreten, auch Herr Jean, der ehemalige Vorsitzende des auselben Souvenir alsacien lorrain alias Souvenir français, hatte es sich nicht nehmen lassen, in dieser Eigenschaft zu erscheinen. Ein Student aus Nancy sprach am Grabe von dem „Schmerz über die Vertilgung des Vaterlandes“, der sich nicht füllten läßt, und General Conturier redete von dem „Land der Verheißung, dem amnestierten Land“, von souv. mir et espérance. Der Stadtmajor Auch des Bischofs von Nancy wies in der kirchlichen Feier darauf hin, daß sich in Mars-la-Tour „die Besiegten von gestern und die Sieger von heute, das freigebliebene Frankreich und das unter fremdem Joch erdrückte Frankreich in demselben Glauben an die Bestimmung ihres Vaterlandes vereinigen“. Der Sarg war mit dem blauen roten Bahrtuch bedeckt, das einst von Neger Tamen für die Feiern des Souvenir français gestiftet und nach dem Verbot des Gebrauchs der französischen Farben dem Kriegsmuseum von Mars-la-Tour geschenkt worden war.

### Gegen die Arbeitslosenversicherung in Bayern.

In der bayerischen Kammer der Reichsräte wurde am Donnerstag die Frage der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern beraten. Auf Antrag der Regierung hatte das Abgeordnetenhaus im Etat des Ministeriums des Innern beim Kapitel „Arbeiterfürsorge“ einen Betrag von 75 000 M. eingelegt, damit den Gemeinden, die nach den von der Regierung aufgestellten Grundzügen eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung einführen wollen, ein Staatszuschuß gegeben werden könnte. Der Ausschuß der Reichsratskammer hatte bekanntlich den Regierungsvorschlag abgelehnt, sich dagegen bereit erklärt, der Verwendung der genannten Summe zu sonstigen Zwecken der Arbeiterfürsorge zuzustimmen. Von verschiedenen Seiten des Hauses wurden Bedenken gegen die Einführung einer derartigen Arbeitslosenversicherung erhoben, der Minister des Innern Freiherr v. Soden und Ministerpräsident Graf Hertling richteten jedoch an das Haus die dringende Bitte, den Regierungsvorschlag anzunehmen. Bei der Abstimmung wurden indessen sowohl der Antrag der Regierung, wie ein aus der Mitte der Kammer eingebrachter Kompromißantrag, dem der Kronprinz und einige andere Prinzen und Herzöge ihre Stimme gegeben hatten, abgelehnt und mit überwältigender Majorität der Antrag des Ausschusses angenommen.

## Parlamentarische Nachrichten.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet Donnerstag vormittag den Antrag der Abgeordneten Walbhein und Flachmann auf Einsetzung von 30 000 M. in den diesjährigen Etat zur Förderung des Abzuges der preussischen wassereisereicheren. Die Staatsregierung erklärte, daß die Verhandlungen mit Hamburg schweben und daß sie daher gegen die Einsetzung eines solchen Fonds in den diesjährigen Etat Bedenken habe. Man einigte sich schließlich auf einen Antrag v. Pappenheim (kons.), der die Staatsregierung aufforderte, alsbald aus bereitstehenden Fonds Mittel zur Förderung des Abzuges der preussischen wassereisereicheren zur Verfügung zu stellen. Zu dem Antrag der Abg. Dr. Hahn und Flachmann auf Erweiterung der Gemeindefiskalitäten erklärte die Staatsregierung, daß bereits alles, was möglich ist, geschehen sei, worauf die Kommission den Antrag für erledigt erklärte. Vorher war die Deutschrift über die innere Kolonisation beraten worden. Es wurde mitgeteilt, daß der Fonds für innere Kolonisation in der Höhe von 1 Mill. M. nur noch dazu diene, Prämien für Landarbeiterstellen in Höhe von 500 und 800 M. und Beiträge an die Ansiedlungsgesellschaften zum Ausgleich ihrer Kursverluste zu gewähren. Ein Regierungsvorsteher erklärte, es fehle in nicht wenigen Landesteilen an der genügenden Nachfrage nach Landarbeiterstellen. Diese Auskunft wurde als auffallend und als nicht ausreichend bezeichnet. Ein konservativer Abgeordneter hob hervor, daß eine Gänzlerei für den einzelnen Arbeiter sich zu teuer stelle, nämlich auf etwa 4000 M. mit Haus und Stall, so daß eine jährliche Ausgabe von mindestens 200 M. dafür entstände. Als wünschenswert bezeichnete man noch die Gewährung von Gemeindefiskalitäten, wie sie in dem großherzoglichen Dominium von Medlenburg erfolgt sei. Eine Deutschrift über das Verhältnis der Kleinbäuerlichen und Arbeiterstellen wurde in Aussicht gestellt. Darauf wurde die Deutschrift durch Kenntnisnahme erledigt.

## Straße und Schule.

Die Luftfahrzeuge im Kirchengelände. Auf Anordnung des Kaisers ist neuerdings in das Kirchengelände eine für die Luftfahrzeuge im Kirchengelände eingefügt worden. Der betreffende Satz in dem Gebet, das in den Hauptgottesdiensten an Sonn- und Festtagen von dem Geistlichen gesprochen wird, bezieht demnach jetzt: „Welche das Königlich Kriegsheer und die gesamte deutsche Kriegsmacht zu Lande und zu Wasser, insonderheit die Schiffe und die Luftfahrzeuge, welche auf der Fahrt sind.“



Schweden.

\* Ueber das Befinden des Königs Gustav wurde am Freitag vormittag in Stockholm folgender Bericht veröffentlicht: Die Genesung schreitet fort, jedoch nur langsam, da der König vor der Operation sehr geschwächt war. Der König ruht während eines großen Teils des Tages, doch unternimmt er täglich eine kurze Spazierfahrt. Schlaf und Appetit sind recht befriedigend.

Frankreich.

\* Stimmwählerparole der französischen Linken. Der Ausschuss der linken der letzten französischen Parlamenten fordert die Republikaner auf bei den Stichwahlen überall ihre Stimmen auf denjenigen Kandidaten der Parteien der Linken, der die meisten Ausichten hätte, gegen den Kandidaten der verbundenen reaktionären Parteien zu vereinigen.

Amerika.

\* Der Auslandsfiskal von Colorado. Die vom Präsidenten Wilson nach Colorado entsandten Bundesstruppen sind im Grubenrevier eingetroffen und haben die Staatsmiliz bei Wiederherstellung der Ordnung abgelöst. Nach einer Erklärung des Befehlshabers der Bundesstruppen seien die Ausschreitungen der Streikenden zu Ende. Über Auslieferung der Waffen wurde nicht verhandelt, doch versprachen die Streikführer, daß die Leute ihre Waffen nicht in der Öffentlichkeit tragen würden.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 2. Mai.

Bekanntgabe geplanter Fluchtlinienfestsetzungen.

Um den mehrfach lautgewordenen Klagen von Grundbesitzern zu begegnen, daß es ihnen nur schwer möglich sei, von dem Auslegen von Fluchtlinienplänen die ihre Grundstücke berühren, Kenntnis zu erlangen, soll jetzt auf Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten den Gemeindevorständen nahegelegt werden, die Auslegung nicht nur, wie gesetzlich vorgeschrieben, Ortsöffentlich bekannt zu machen, sondern unabhängig davon den Eigentümern, deren Grundstücke unmittelbar von der Fluchtlinie betroffen werden, noch besonders von der Offenlegung der Pläne Kenntnis zu geben.

\* Personalveränderungen. Der Oberregierungsrat Dr. Heyer in Marienwerder ist nach Merseburg versetzt worden. Der Landrat v. Puttkamer aus dem Kreise Tuchel, Regierungsbezirk Marienwerder, ist in gleicher Amtseigenschaft in den Kreis Ustedom-Wollin, Regierungsbezirk Stettin, versetzt worden. Dem Regierungsassessor v. Brochhausen in Posen ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Tarnobrzeg, Regierungsbezirk Oppeln, übertragen worden. Der Regierungsreferendar Fritz Henkel aus Posen hat die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden. Der Geheimen Regierungsrat Windmüller aus Breslau ist der königlichen Regierung in Posen und der Regierungsrat Pohl aus Siegburg der königlichen Regierung in Marienwerder zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. Dem Oberzollinspektor, Ratrat Philipp in Danzig ist die Stelle des Oberzollinspektors bei dem Hauptzollamt Danzig-Inlandsverkehr verliehen worden. Der Oberzollinspektor Schwarz in Herbesthal ist zum Oberzollinspektor bei dem Hauptzollamt Danzig-Inlandsverkehr befördert worden. Der bisherige Seminarbibliothekar Dr. Heinrich Steffens in Berent ist zum Regierungs- und Schulrat ernannt und der Regierung in Allenstein überwiesen worden. Einberufen zur Beschäftigung im Staatseisenbahndienst sind die Regierungsbaumeister des Eisenbahnbaus Dr. Inhausen bei der Eisenbahndirektion in Bromberg und Schröder bei der Eisenbahndirektion in Danzig. Die Regierungsbauführer des Eisenbahn- und Straßenbaus Johannes Kuhnke aus Mewe, Kreis Marienwerder, ist zum Regierungsbaumeister ernannt. Versetzt sind: die Regierungsbaumeister des Hochbaus Stöckel von Wronow nach Heilsberg, Karl Becker von Marienwerder nach Königsberg i. Pr., Volkmann von Rüdesheim nach Graudenz, Cordes von Stahfurt nach Posen, Thureau von Protoschin nach Herne; ferner der Baurat Reichardt von Jilehne als Vorstand des Hochbauamts in Posen; Piebter von Neumarkt Westpr., als Vorstand des Hochbauamts in Jüterbog und Lafemeyer von Tarnobrzeg als Vorstand des Hochbauamts in Jilehne. Zur Beschäftigung sind überwiesen: der Regierungsbaumeister des Hochbaus Kurt Wolff der Regierung in Danzig; der Regierungsbaumeister des Hochbaus Großer der Anstaltungskommission in Posen.

\* Ordensverleihungen. Den berittenen Gendarmenwachtmeistern Kuhnke in Brinzenthal, Landkreis Bromberg, Majerki in Pinne, Kreis Samter, Ehardt und Reffner in Berent, den Fußgardenwachtmeistern Mahler in Bromberg, Wiedemann in Heubude bei Danzig, dem Fußgardenwachtmeister a. D. Förderung in Krotoschin ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens, dem Gendarmenoberwachtmeister Better in Jilehne, Schulz in Schöffen, Kreis Wronow, Schmitalla in Bromberg, den Fußgardenwachtmeistern Worrman in Bromberg, Flebzig in Strakono, Kreis Wreschen, Klement in Komorze, Kreis Jaroschin, und Müller in Jablone, Kreis Bomst, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

\* Militärische Personalveränderung. Rektor Müller von der Mittelschule in Rudowitz ist zum Leutnant d. Res. des Inf.-Regts. Deutsch-Ordens Nr. 152 ernannt worden.

\* Der Charakter als Rechnungsrat ist dem Regierungsratsekretär Seidler in Posen bei seinem Scheiden aus dem Dienste verliehen worden.

\* Straßensperrung. Wegen Ausführung von Kanalisationsarbeiten ist die Errichtung des Marcellinoer Weges zwischen Auguste Viktoriastraße und Gürtelstraße für Fußwerkzeuge und geschlossene Truppenkörper auf voraussichtlich 4 Wochen erforderlich.

\* Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh + 0,70 Meter, gegen + 0,74 Meter gestern früh.

dt. Riffa i. B. 1. Mai. Gestern nachmittag ging über unsere Stadt ein heftiges Gewitter nieder. Hierbei schlug der Blitz in eine Scheune des Bäckers Reich in Zaborowo und zündete. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit weiter aus, so daß nach 6 andere Scheunen den Flammen zum Opfer fielen. Der Schaden ist recht erheblich, da einige der Scheunen mit Getreide gefüllt waren. Auch einige landwirtschaftliche Maschinen sind mitverbrannt.

\* Krotoschin, 28. April. In der Nacht zum Sonntag gegen 10 Uhr wurde der Maschineneiferer M. Janiak von hier, der mit dem Rade von Wolanie nach Krotoschin fuhr in der Nähe des Dampfer Weges von 3 Männern angehalten und seiner Wertschaft beraubt. Der Überfallene wurde auch von den Tätern gemißhandelt.

\* Witkowo, 1. Mai. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung ist beschlossen worden, in der katholischen Schule eine Schulküche einzurichten.

\* Gnesen, 30. April. Selten Verletzungen erliegen ist heute der Besizer Harlos aus Neu-Strießen, der mit seinem Fuhrwerk am 19. April auf der Tremessener Chaussee mit einem Automobil karambolierte und hierbei schwere Verletzungen davontrug. Die Todesursache war Hirnhautentzündung nach Augenhöhlenzertrümmerung.

\* Sohlenfalka, 29. April. Am Sonntag nachmittag nahm der 13 Jahre alte Sohn eines Besitzers in Ostrowo bei Wojewo das Jagdgewehr seines Vaters und 10 Patronen dazu und ging mit zwei Arbeitern auf Feld, um Hasen zu schießen. Die Jagd auf Hasen war aber ergebnislos, und nun wollte man auf Anstand Kaninchen schießen. Dazu hatte man sich auch noch eine Viterflasche Schnaps mitgenommen. Aber auch die Kaninchenjagd hatte keinen Erfolg, und gegen abend gingen die drei nach Hause. Auf dem Nachhausewege trug einer der Arbeiter, namens Marzewski, das Gewehr, und als er dieses sichern wollte, ging der Schuß los, und die ganze Schrotladung traf den 17 Jahre alten Arbeiter Raschka aus nächster Nähe in den Oberschenkel. Da keine ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb der Verletzte an Verblutung.

\* Schneidemühl, 28. April. Ein nettes Pflänzchen, das jetzt Schwindeln im großen Betrieb, ist ein 15jähriges Mädchen von hier, das bei seiner Mutter in der Zastrower Allee wohnt. Nachdem es erst vor einigen Monaten ihre frühere Dienstherren in der Bismarckstraße bestohlen hatte, ließ es sich jetzt auf den Namen derelicten Herrschaft in dem Schuhgeschäft von Tretin für etwa 60 Mark Schuhe und in dem Modewarenhaus von Godlewski für einige Hundert Mark Sachen, Kleider und dergl. zur Ansicht geben, um diese Sachen für sich zu verwenden. Eine Nachfrage bei der Dienstherrenschaft ergab, daß die jugendliche Schwindlerin schon seit längerer Zeit aus dem Dienst entlassen ist. Die polizeilichen Ermittlungen führten denn auch auf die rechte Spur und zur Festnahme der Diebin. Durch die gerichtliche Verhandlung dürften auch noch andere interessante Dinge an das Tageslicht kommen.

\* Gnesen, 29. April. Vor einigen Wochen waren aus dem hiesigen Buchhause die beiden Sträflinge Rajda und Dabot entwichen; R. wurde bald darauf, wie schon berichtet, bei einem Einbruch in Schweg verhaftet, während D. entflohen war; aber auch diesen ereilte jetzt in Berlin bei einem Einbruch dasselbe Schicksal. Seine Überführung in das hiesige Buchhaus wird bald erfolgen.

\* Bromberg, 30. April. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung widmete zunächst der stellvertretende Vorsitzende dem verstorbenen Stadtkämmerer Stadtrat Jeschke einen Nachruf. Zum Delegierten der Stadt Bromberg für den 4. Deutschen Städtetag in Köln wurde der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat Köppen, bestimmt. Zur Befestigung des Stadtdammes in der verlängerten Ritterstraße durch Chaußierung und Oberflächenteuerung wurden 12900 M. aus dem Pflasterungsfonds bewilligt, ebenso 2300 M. zur Beschaffung von zwei mit elektrischem Strom betriebenen Wägen-Abfuhrmaschinen für die Stadtparkstraße. Ferner wurden noch 850 M. für den Anstrich städtischer Gebäude und 250 M. zur Beschaffung eines Wägenpreises in Gestalt eines Pokals für die in Bromberg stattfindende Ostmärtsche Ruderregatta bewilligt. In geheimer Sitzung wurde eine Vorlage betreffend Errichtung eines Flugplatzes in Bromberg beraten. Der Magistrat wurde ermächtigt, mit dem Militäriskus über die Errichtung eines Flugplatzes einen Vertrag nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfs abzuschließen und das erforderliche Gelände, das an den Exerzierplatz des Grenadier-Regiments zu Pferde angrenzt, vom Militäriskus zu erwerben. Das Bauprojekt für den Flugplatz wurde gleichfalls genehmigt, und die für den Grunderwerb und den Bau erforderlichen Geldmittel wurden bis zum Betrage von 26 000 M. bewilligt.

\* Breslau, 1. Mai. Auf sonderbare Weise hat der Handlungsgehilfe Paul Lappas Selbstmord verübt. Er hatte mehrfach Unterschlagungen verübt und fürchtete, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Deshalb erlitt er den Mord einer elektrischen Leitung und wurde vom Strom sofort getötet.

\* Weiskammer, 29. April. Nachdem vor etwa 14 Tagen der Sohn einer hiesigen Familie gestorben war, erlangte sich jetzt der Schwiegerjohn nach einem Streite mit der Schwiegermutter, und alsbald darauf erlag diese einem Schlaganfall, den sie durch die Aufregung über das Geschehene erlitten hat.

\* Breitenhain, 1. Mai. Heute morgen forderte der Bau der Weiskammer das zweite Opfer. Am Steinbruch an der Talmühle wurde der 18jährige russische Arbeiter Michail Stefan von niederliegenden Steinmassen verdrückt und erschlagen.

\* Groß-Strehlitz, 1. Mai. Auf dem Felde bei Stübendorf wurden bei einem niedergehenden Gewitter drei Pferde und ein galizischer Anecht erschlagen.

\* Königsberg i. Pr., 30. April. Größeren Unterschleichen und Durchschleichen ist man bei einer Königsberger Kolonialwaren-Firma auf die Spur gekommen. Es handelt sich um mehrere bei der Firma angestellte Kutischer, die sich in der Weise einen leichten und guten „Nebenverdienst“ zu verschaffen wußten, daß sie größere Mengen Waren aus den Speichern der Firma entwendeten und sie gegen billiges Geld an kleinere Kaufleute, Händler und Höler weiter veräußerten. Es stellte sich heraus, daß die Kutischer schon seit Jahren den schwunghaften Handel nebenbei betrieben und das Geschäft um ganz beträchtliche Summen geschädigt haben.

Aus dem Gerichtssaale.

\* Posen, 1. Mai. Vor dem Kriegsgericht fand die Verhandlung wegen des auf dem Truppenübungsplatz am 18. v. Mts. ausgeführten Pistolenduell statt, das bekanntlich einen unblutigen Verlauf genommen hatte. Es wurden verurteilt Oberleutnant Reiber vom Inf.-Regt. Nr. 46 zu 3 Monaten 14 Tagen und Oberleutnant d. Res. Gerlach zu 3 Monaten, Leutnant Böcke wegen Kartelltragens auf einem Tage Festungshaft.

Forst- und Landwirtsch.

Saatenstand in Deutschland.

Für den Saatenstand in Deutschland Anfang April 1914 sind nach der Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes die für die einzelnen Staaten und Landesteile im Reichsanzeiger veröffentlichte wird, die Noten folgende: — Nr. 1 bedeutet sehr gut, 2 bedeutet gut, 3 mittel (durchschnittlich), 4 gering, 5 sehr gering, die Zwischenstufen sind durch Dezimalen bezeichnet: —

|              | 1914 | 1913 | 1912 | 1911 |
|--------------|------|------|------|------|
| Winterweizen | 2,5  | 2,3  | 2,5  | 2,7  |
| Winterroggen | 2,3  | 2,1  | 2,3  | 2,9  |
| Wintergerste | 2,4  | 2,3  | 2,5  | 2,7  |

Sport und Jagd.

sr. Trabrennen zu Mar'endorf 1. Mai. Preis von Spandau. 1800 Mark. 1. Blotus Kätzel (Trifflin). 2. Margarete Medium (Johler). 3. Mea (Rautenberger). — Preis von Rauen. 1700 Mark. 1. J. Jacobis Annina (Wiltshire). 2. Schorschi M. (W. Vemger). 3. Roma (Mida). — Preis von Pauliniane. 1700 Mark. 1. M. Kaufmanns Treue (W. Mills). 2. Ervree (M. Nichtenfeld). 3. Schwan (Helmus). — In'länder Handicap. 1700 Mark. 1. A. Neles M. it a d o (Johler). 2. Abiel (Wiltshire). 3. Pho-bus (Helmus). Frühjahrspreis der Dreijährigen. 4500 Mk. 1. Stall Klausners Morgenwind (Großmann). 2. Mr. Joy (D. Mills). 3. Benelope (Dieffenbacher). — Preis von Reustadt. 2'00 Mk. 1. Schlesinger u. Co. Magawan (G. Treuberg). 2. Othervriedrich (Großmann). 3. Siegmund (Rautenberger). — Preis von Ludwigslust. 1700 Mk. 1. G. Seegers K. S. (G. Mills). 2. Pelargonium (Wiltshire). 3. Nella (Mühlbach).

Merito.

Der Fall Dr. Nyan.

Washington, 2. Mai. Guerra hat versprochen, den Dr. Nyan in Freiheit zu setzen, wenn es sich herausstellt, daß er in Jacatecas gefangen gehalten wurde, wie der brasilianische und der spanische Botschafter berichtet hätten.

Die gefährdeten Oelfelder.

Washington 1. Mai. Die hiesigen Agenten der Konstitutionalisten haben an ihre militärischen Befehlshaber vor Tampico telegraphiert, daß sie ihr möglichstes zum Schutze der Oelfelder tun sollen.

Telegramme.

Die Kündigung Zastrows.

Berlin, 2. Mai. In der von dem Studentenausschuß der Handelshochschule für gestern einberufenen Versammlung wurde einstimmig beschlossen, von Montag ab den Besuch sämtlicher Vorlesungen und Übungen einzustellen, bis die Angelegenheit eine der Würde der Hochschule entsprechende Regelung gefunden habe. Der Vorsitzende der Ältesten der Kaufmannschaft, Reichstagspräsident Dr. Kaempf, wird die Vertreter der Studierenden heute bei sich sehen.

Otto Henne am Rhyn †.

St. Gallen, 2. Mai. Der bekannte Kulturhistoriker Otto Henne am Rhyn ist im 86. Lebensjahre gestorben. Otto Henne am Rhyn, der sich besonders durch seine 1870—78 und in neuer Auflage 1897—1908 erschienene allgemeine Kulturgeschichte einen Namen gemacht hat, ist in St. Gallen am 26. März 1828 geboren. Nach Beendigung seiner Studien war er zunächst Gymnasialprofessor, dann Staatsarchivar in St. Gallen, wurde 1872 Redakteur in Leipzig, später in Hirschberg und Zürich und 1885 wieder Staatsarchivar in St. Gallen, wo er jetzt seit Jahren im Ruhestand lebte. Außer seiner umfassenden allgemeinen Kulturgeschichte hat er auch eine 1886 und 1893 erschienene Kulturgeschichte des deutschen Volkes und mehrere andere Werke über Kulturgeschichte, Volkslagen und Sittenzustände geschrieben.

Das wiedergefundene französische Torpedoboot.

Toulon, 2. Mai. (Brisattelegramm.) Das Torpedoboot 174, das auf so geheimnisvolle Weise verschwunden war, ist wiedergefunden worden. Die Vermutung, daß es durch die Strömung abgetrieben sei, hat sich bestätigt. (?) Man fand es ungefähr 1 1/2 Meilen entfernt bei den Hyeren-Inseln. Das zweite wiedergefundene Torpedoboot „Signe“, das aus einem kleinen Hafen nahe Toulon gestohlen wurde, konnte trotz aller Bemühungen nicht entdeckt werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Breslau, 1. Mai. Marktbericht über Kartoffeln von Wilh. Schümann, Kartoffelgroßhandlung. In der Berichtsmwoche ist die Stimmung am deutschen Kartoffelmarkt gegenüber der Vormoche wesentlich ruhiger geworden. Mit Rücksicht auf die vorhandenen, nicht unbedeutenden Bestände, die jetzt geräumt werden müssen, konnte die Panik am Getreide- und Futtermarkt die Lage des Kartoffelmarktes nicht recht beeinflussen. Die Landwirte haben zum Teil die Feldbestellung beendet, zum Teil stehen sie kurz vor Beendigung derselben, so daß die Ablieferungen der Kartoffeln zum größten Teil wieder ausgenommen werden konnten. Berührend wirkte auch die Nachricht, daß in Österreich, welches dieses Jahr das Hauptkontingent des deutschen Exportes in Kartoffeln aufnimmt, die Notstandstarife verlängert worden sind.

Das Saatkartoffelgeschäft im Inlande ist so ziemlich als beendet anzusehen. Das Speisekartoffelgeschäft liegt umfänglich. Vereinzelt herrscht noch Nachfrage in Fabrikkartoffeln.

Ich notiere: Speisekartoffeln: Märker Imperator 1,40 Mark. Magnumsorten: Enna, Upodates, Magnumbonum 1,70 Mark. Fabrikkartoffeln: Je nach Stärkegehalt 1,30 Mk. Die Preise verstehen sich für 50 Kilogr. in Waggonladungen von 10 000 Kilogr. Parität Breslau.

Zuckerberichte.

Hamburg, 1. Mai. Naam. 2,10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88°, Nendement neue Usance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für für Mai 9,35, für Juni 9,42 1/2, für Juli 9,52 1/2, für August 9,62 1/2, für Oktober-Dezember 9,70, für Jan.-März 9,85. Ruhig.

Hamburg, 1. Mai. Abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88° Nendement neue Usance. frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Mai 9,35, für Juni 9,42 1/2, für Juli 9,52 1/2, für August 9,62 1/2, für Oktober-Dezember 9,70, für Januar-März 9,85 1/2. Behauptet.

Paris, 1. Mai. (Schluß.) Rohzucker stetig, 88° neue Kondition 29 1/2, 28 3/4. Weißer Zucker stetig. Nr. 3 für 100 Kilogr. für Mai 32 3/4, für Juni 32 1/2, für Juli-August 33 1/2, für Oktober-Januar 32 1/4.

Berlin, 2. Mai. Wetter: Kühl. — Reuport, 1. Mai. Tendenz: stamm. Canadian Pacific Aktien 194 1/2, Baltimore u. Ohio 90 1/2, United States Steels Corporation 59 1/2.

Reuport, 1. Mai. Weizen für Mai 10 1/2, für Juli 9 1/2, für September 9 3/4.

Rdin, 1. Mai. Rüböl loco 72 00, für Mai 71 00. — Wetter: Bewölkt und regendrohend.

Hamburg, 1. Mai. nachmittags 2 Uhr. Getreidemarkt. Weizen fest. Mecklenburg und Ostholsteinischer 190—201 00, Roggen fest. Mecklenb. u. Alt. neuer 163—169 00, russ. eis. 9 Bud 10 1/2, Mai-Juni 116 50. Gerste ruhig, in russ. eis. Mai 109. Hafer stetig, neuer Holz. u. Mecklenburg. 155—164. Mais ruhig. Amerit. mixed eis. für Mai-Juni —. Sa. Plata eis. für Mai-Juni 102 50. Rüböl ruhig, verzollt 68 00. Leinöl ruhig, loco 53 00, für Juli-August 55 00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 1. Mai. nach. 2,30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 43,25 Gd., für September 47,75 Gd., für Dezember 48,50 Gd., für März 49,00 Gd. Steig.

Hamburg, 1. Mai. Abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 46,25 Gd., für September 47,50 Gd., für Dezember 48,25 Gd., für März 49,00 Gd. Ruhig.

Ofen-Pest, 1. Mai. vorm. 11 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen matt, für Mai 12,87, für Oktober 11,75. Roggen für Oktober 9,46. Hafer für Oktober 8,14. Mais für Mai 7,13, für Juli 7,23, Rohraps für August 15,75. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 1. Mai. (Schluß.) (Getreidemarkt.) Weizen stetig, für Mai 19,57, für Juli 19,62, für September 19,12. Gerste für Mai 13,87, für September 13,82, für Dezember 13,85.

Antwerpen, 1. Mai. Petroleum. Raffiniertes Type weiß, loco 22,50 Bz. Br. do. für Mai 22,60 Br., für Juni 22,75 Br., für Juli-August 22,75 Br. Ruhig.

Schmalz für Mai 126 50.

Amsterdam, 1. Mai. Java-Kaffee good ordinary 40,50.

Amsterdam, 1. Mai. Bantjinn 96 1/2.

Glasgow, 1. Mai. (Schluß.) Roheisen Middlesborough warant ruhig, 51 3/4.

Telegraphische Fondskurze.

Breslau, 1. Mai. (Schluß-Kurze.) 3 1/2 Prozent. Schlesische Pfandbriefe Lit. A. 87,75, 4 Prozent. Posa. Pfandbriefe (Spross. Compou-



Heuer) 80,75. Bresl. Diskontobank-Akt. —. —. —. Schlef. Bank-Aktien 151,60. Archimedes-Aktien 124,50. Bresl. Spirit.-Akt.-Ges. Akt. 430,00. Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 160,00. Donnersmardthütte-Aktien 381,00. Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 119,90. Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Aktien 104,00. Karttöbiger Bergbau-Aktien 205,00. Königs- und Lauchhütte-Aktien 144,00. Niederschlef. Elektr.- und Kleinbahn-Aktien 145,00. Oberschlef. Eisenbahndarfst.-Akt. 83,10. Oberschlef. Eisens- industrie-Aktien 64,00. Oberschlef. Kolm., Chem. Fabr.-Aktien 217,00. Oberschlef. Portland-Zement-Akt. 153,00. Oppelner Zement (Grund- mann) Akt. 152,00. Portland-Zement (Gieseler) Akt. 153,00. Schlef. Elektr.- und Gas Wt. A. Akt. 190,00. Schlef. Elektr.- u. Gas Wt. B. Akt. 189,00. Schlef. Peinenindustrie Kamilla Akt. 105,60. Schlef. Zement (Groschowitz) Akt. 158,50. Schlef. Pankhütten-Aktien 370,00. Silesia Verein. chem. Fabr.-Aktien 170,30. Verein Freiburger Uhren- Fabriken 120,00. Runder Federfabrik-Aktien 146,00. Russische Bank- noten 214 85. Schwantend.

[illegible]

Nach Schluß der Börse. Kreditaktien 193,75, Diskonto-Kommandit 188,00. Ruhig.

Frankfurt a. M., 1. Mai. abends. (Abendbörse). (Schluß.)  
 4proz. Türkf. unij. Anl. —, Türf. 400-Francs-Lose —, Berliner  
 Handelsgef. —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —,  
 Dresdner Bank —, Diskonto-Kommandit 188,00, Nationalb. für  
 Deutschland —, Österr. Kreditanst. 194,00, Österr.-Ung. Staatsb.  
 1537/8, Österr. Eddb. (Lomb.) 21,25, Baltim. Ohio —, Hamb.  
 A.-B. u. S. 129,50, Nordb. Lloyd 1127/8, Allg. Elektr.-Ges. 243,25,  
 Schüchter 147,00, Bochumer Gußstahl 220,00, Deutsch-Buremb. Berg-  
 werk 124,00, Gelsenkirchener Bergw. 179,00, Harpener Bergb. —,  
 Phönix Bergbau 232/8, Laurahütte 141,75, Fester.  
 Daimler Motoren lebhaft 400,25, Badische Anilin- und Soda-  
 fabrik 640,25.  
 Nachbörse: Bochumer Gußstahl 2201/8.

## Berliner Fondsbörse.

Berlin, 1. Mai. Die kräftige Kurserholung, die die gestrige Newyorker Börse gebracht hatte, und die feste Haltung des Wiener Frühverkehrs fanden hier keinen rechten Widerhall. Wenn auch bei Feststellung der Anfangsnotierungen eine ganze Anzahl bemerkenswerter Kursabnahmen zu registrieren war, so standen diesen doch auch manche Kursrückgänge gegenüber, so daß die Gesamttenz zunächst als wenig einheitlich anzupreisen war. Das Geschäft war verhältnismäßig still. Im einzelnen eröffneten die leitenden Güten- und Bergwerkspapiere um je etwa 1 Pro-

dient unter den übrigen 3 Hb-Notierungen. Egar ungleichmäßig oblag nun die Ausbildung der Luraabfälle und der überwiegenen Eisenbahnbedarfsgesellschaft, setzen auf erhöhtem Niveau ein, und auch die Aktien der Hohenloherwerke waren leicht im Kurse gebessert. Anders dagegen die Aktien der Patowitzer Bergbaugesellschaft. Sie wurden durch neue Abgaben schon gleich bei Börsenbeginn um ca. 3 Prozent im Kurse geworfen und sahen damit schon seit mehreren Jahren nicht mehr gekannte Tiefkurse. Gut behauptet waren anfangs Elektrizitätsaktien und Schiffbauaktien. Von Eisenbahnwerten wiesen die Aktien der Schantungbahn und auf New York hin die Aktien der Kanadabahn, und namentlich die Aktien der Baltimorebahn, Kursbesserungen auf. Von Bankpapieren waren die Aktien der Deutschen Bank heute leicht im Kurse erhöht. Kennenzwert höher stellten sich dann im freien Verkehr die Anteile der Stadiminergesellschaft. Im Verlaufe der Börse erfuhr die Gesamthaltung eine Ermäßigung, und zwar ausgehend vom Montanaktienmarkt. Hier wollte man neue Exekutionen bemerken, und zwar speziell in Rhönaktien und den Aktien der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerksgesellschaft. Bezüglich der Marktlage verwies die Spekulation auf die rückläufige Bewegung der Exportpreise für verschiedene B-Erzeugnisse. Auch verlaute, daß die Notierungen auf dem Anzeigebrett der Düsseldorfer Montanbörse eine weitere Reduktion erfahren werden. Was Rhönaktien anlangt, so wurde heute seitens der Spekulation mit Dividendentaxen von nicht ganz 14 Prozent, gegen 17 Prozent im Vorjahre, operiert und dementsprechend Dividendendeckung mit ca. 13½ Prozent umgelegt. Zu registrieren wäre übrigens auch, daß, während man auf der einen Seite hinter den Abgaben am Montanaktienmarkt Zwangsverläufe für diverse in Verlegenheit geratene Provinzfirmer vermierte, auf der anderen Seite auch wieder angenommen wurde, daß die heutige Baissa künstlich inisziert worden sei, um durch sie einen Druck auf die an der Bildung der Drahtverbände interessierten Fabrikanten auszuüben. Einen erheblichen Kursverlust hatten im Verlaufe des Verkehrs speziell auch die Aktien der Hanja zu verzeichnen. Auch an der Nachbörse blieb die Allgemeintendenz matt, und zwar auf unbestätigte Gerüchte über angebliche Einführung neuer indirekter Steuern.

Der Kassaindustrieaktienmarkt steht heute der an den Ultimamärkten im Laufe des Vorverkehrs eingetretenen Ermattung einen gewissen Widerstand entgegen. Insbesondere konnten sich die sogenannten „Häreren“ Werte auch heute wieder gut behaupten, zum Teil sogar kräftig befestigen. Die Aktien der Daimler Motorenwerke gewannen 8 Prozent, desgleichen waren die Aktien der Farbenfabriken größtenteils gebessert. Die Aktien des Vereins chemischer Fabriken zu Zeitz erholten sich nach dem kürzlich eingetretenen Kurssturz um 24 Prozent weiter um 4 Prozent. Die Aktien der Schubert u. Salzer-Wer. wurden um 4 Prozent höher und waren „nach Kurs“ weiter gebessert. Es verläutet, daß die Dividende für das abgelaufene Jahr mit 26 gegen 24 Prozent vorge schlagen werden wird. Den Kurserhöhungen standen auf der anderen Seite auch verschiedentlich Kursrückgänge gegenüber. So schwächten sich die Aktien der Norddeutschen Steingutfabrik auf die Auslassungen des Geschäftsberichts um 3 Prozent, die Aktien der Sackelhal-Druck- und Kadelwerte auf die Ankündigung einer neuen Kapitalerhöhung um 4 Prozent ab. Die Aktien der Rheinisch-Kassauischen Bergwerks- und Hütten-gesellschaft gaben um 2,70 Prozent nach, da gemeldet wird, daß das Ergebnis des ersten Quartals 1914 gegen das entsprechende Quartal des Vorjahres einen Mindergewinn von mindestens 200.000 M. aufzuweisen haben wird. Die Aktien der Mechanischen Weberei Linden wurden um 8 Prozent niedriger. Die Aktien der Gröbner Maschinenfabrik sollten 10 Prozent niedriger notiert werden. Der Kurs wurde aber schließlich gestrichen. Es notierten höher: Julius Berger 3, Gebhardt u. König 3, Daimler Motoren 8, Linke-Hofmann 3, Julius Pintsch 2, Schubert u. Salzer 2,50, Kruschwitz-Buder 7,75, Bendix 2, Delmenhorst-Oleum 2, Deutsche Gasglühlicht 2,50, Rhein. Spiegelglas 2,50, Stollwerck Verz. 2, Rhein-Westfäl. Zement 2, Merkur-Wolle 3, Uni-

Wieland u. Co. 1.25, Chem. Werke Charlottenburg 2, Reiber dem-  
fabrik 1, Bismarckhütte 2, Ber. Lausitzer Glas 2.50, Budam  
Blach 1, Es notierten niedriger: Terrain Rodost 4, Deutsche  
Schachban-Ges. 2.25, Berliner Pappen-Fabr. 2.90, Max Föbel  
2.50, Virchner u. Co. 3, Steitner Masch. 2, Röhlmann Stärke 3,  
Schollen-Stärke 4.50, Nordd. Seigunt 3, Rauchwaren Walter 2,  
Tropisch 4, Ber. Petroleumwerke 3.25, Rheidt elektr. Fabr. 3,  
Bentger Spinnerei 4, Bindener Weberei 8, Blaunere Spiben 3,  
Griesberg Elektr. 2.50, Inhaber Kohlen 2.50, Georg Marie  
2.90, Rhein-Nassau 2.70, Kölner Bergwerk 5, Bochum Bergwerk  
4.50, Kiesel 2, Bormöhler Zement 2.50, Harpener 2.25, Sattol-  
piger 3.50, Rhönig 2.80, Sankta 2.50.

Eine Steigerung des Privatdiskonts um  $\frac{1}{2}$  Prozent auf  $\frac{3}{2}$  Prozent trat heute ein, obgleich das Angebot von Wechseln nicht besonders groß war. Ausserdem handelt es sich um eine ziemlich willkürliche Magnahme einzelner Grossdiskonture, die an der Herausziehung ein besonderes Interesse hatten. Tägliches Geld stand dem Markt reichlich zur Verfügung. Vormittags betrug es  $\frac{3}{2}$ —3 Prozent und an der Börse vorwiegend 3 Prozent. Die Seebankplatzierte Geld zu den Tagessätzen der Börse, während die Preussische Zentralgenossenschaftskasse als Geldgeberin fehlte. Am Devisenmarkt zeigte sich heute die Abkühlung fort. Zum „freien Verkehr“ hielten sich Schek Paris auf ca. 81.40 und Schek London auf ca. 20.475. Sofortige Umschlag Petersburg wurde mit ca. 214.90 bis 214.95 (gestern ca. 214.775 bis 214.85) umgesetzt. Die offiziellen Notierungen lauteten für Schek London auf 20.475 (20.48), für Schek Paris auf 81.40 (wie gestern), und für die Devisse Wien wieder auf 85.05. — In London stellte sich der Privatdiskont auf  $\frac{3}{2}$  Prozent täglich kündbares Geld auf 1½ Prozent. — Der megalanische Wechselkurs wurde heute mit 1.30 (1.325) gemeldet.

Kasse gegen 3 Uhr. Bvros. Deutsche Reichsanleihe 78,11.  
Bvros. Buenos —, Russische Anleihe von 1902 —, Türken-  
leihe 165,50, 4/ proz. österr. Eisenb.-Anl. v. 1913 —, Kommerz- und  
Diskontobank 108,00. Darmstädter Bank 117 62, Deutsche Bank 240 87.  
Diskonto 188,00. Dresdner Bank 150 00. Berliner Handelsgesellschaft  
—, Nationalbank 110,87, Schaaffh. Bankverein 110 12, Creditbank  
194 00, Wiener Bankverein —, Alms-Don Kommerzbank-Aktien  
225 25. Petersburger Int. Bank 184 25. Russische Bank 152,50.  
Lübecker —, Baltimore 91 12. Kanada 192 75, Pennsylvania —,  
Verdionalbahn 107 75, Mittelmeerbahn —, Franzosen 153 87,  
Nordharden 21 12. Anatolier —, Orientbahn —, Prince  
Ferd —, Schantung-Eisenbahn 140 01. Electr. Hochbahn —,  
Große Berliner Straßenbahn —, Hamburger Paketfabrik 129 37.  
Hansa 255 12, Nordd. Lloyd 113 25, Hamburg-Südamerikan. 161 37,  
Dynamit Trust 175 12, South-Weat 117 25, Alweg-Friede 157 12.  
Naphtha — Produktion 402 00, Bochumer 219 75, Oberschlesische  
Eisenindustrie Caro 64 25, Konsolidation —, Deutsche  
Pulverburger 124 50, Gelsenkirchen 179 00, Harpener 176 50, Hohenlohe  
Werke 105 50, Radowitz 206 00, Laurahütte 142 25, Oberk.-Eis. Eisen-  
bahnbedari —, Drenktein u. Koppel 172 50, Rhödnir 232 50, Rhein-  
ische Stahlwerke 159 00, Rombacher 154 87, Allg. Electr. 242 37,  
Deutsch-öber. Electr. 175 50, Gesellschaft für Electr. Unternehmungen  
157 75, Schudert 146 12, Siemens u. Halske 213 75, Electr. Licht  
und Kraft 128 50, Türk. Tabakregie 234 87, Deutsch-Australische  
Dampferlinie 170 75.

5 Uhr 10 Minuten. Reichsanleihe 78 10, Türkenloose 165 50, Deutsche Bank 241 12, Diskonto 189 00, Dresdner 150 12, Handels-  
gesellschaft —, Schaaffhausen 110 12, Kredit 194 00, Aeg. D.  
225 25, Petersburger Internationale 184 25, Baltimore 91 12, Kanabo  
192 37, Lombarden 21 12, Orient 196 50, Henry —, Schantung  
140 00, Große Berliner Straßenbahn —, Hamburser Paketfahrt  
128 75, Saria 254 50, Nordb. Lloyd 112 75, Deutsch-Australische  
176 75, Rumex 156 37, Bochumer Guß 219 75, Deutsch-Europäische  
193 75, Gelsenkirchen 178 50, Sarpener 176 00, Laurahütte 142 25,  
Rhön 231 87, Rombach 154 00, Allgemeine Electr.-Gesellschaft 242 25,  
Schudert 145 62, Siemens u. Halske 213 75, Dynamit 176 00,  
Raphia 402 00, South West 117 37, Türkische Tabakregie 234 37,  
Fendern: Watt.

[illegible]